

Optimaler Lärmschutz gefordert

Autobahnanlieger aus Oberhavel klagen

VON JÜRGEN LIEBEZEIT

Oberhavel (OGA) Die mündliche Verhandlung für mehr Lärmschutz beim Ausbau des nördlichen Berliner Rings in Oberhavel ist am Donnerstag mit einer Enttäuschung zu Ende gegangen. Der Prozess wurde vertagt. Ein neuer Termin steht noch nicht fest.

Insgesamt acht Verfahren wurden verhandelt. Die Gemeinden Birkenwerder, Mühlenbecker Land und Velten, der Naturschutzbund sowie mehrere betroffene Anwohner hatten den Planfeststellungsbeschluss zum sechsstreifigen Ausbau der Autobahn 10 angegriffen. Nach Auffassung des Hohen Neuendorfer Rechtsanwalts Karsten Sommer, der alle Kläger vertritt, ist der geplante Lärmschutz unzureichend. Er wirft dem Brandenburger Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung vor, Alternativen unzureichend geprüft und ein fehlerhaftes Lärmschutzkonzept vorgelegt zu haben.

So seien Kosten für einen durchgehenden „Offenporigen Asphalt“ (OPA) – Flüsterasphalt genannt – zu hoch angesetzt worden. Entsprechend schlecht sei deshalb das Kosten-Nutzen-Verhältnis für diese lärm mindernde Maßnahme ausgefallen. Diese Relation ist aber entscheidend für die Wahl der Baumaßnahme. Das bedeutet: Je teurer eine Maßnahme, desto mehr Menschen müssen davon profitieren.

Fast wäre es zum Eklat vor dem Oberverwaltungsgericht in Berlin gekommen. Der Vorsitzende Richter beklagte sich über die späten Einlassungen des

Kläger-Anwalts zu den OPA-Kosten. Daraufhin kündigte Sommer an, einen Antrag auf Befangenheit zu stellen, da er permanent die finanziellen Grunddaten infrage gestellt habe. Nach einer Pause beruhigten sich dann die Gemüter. Sommer hält aber bis zum Fortsetzungstermin noch an seinem Antrag fest.

Der vom Land beauftragte Planer des Lärmschutzkonzeptes wies vor Gericht die Vorwürfe zurück. Es sei fehlerfrei gearbeitet, und die Berechnungen seien ordnungsgemäß vorgenommen worden. Rechtsanwalt Siegfried de Witt, der das Land Brandenburg vertritt, erinnerte daran, dass die Region erstmals überhaupt umfangreichen Lärmschutz an der Autobahn bekommt. „Das Wohnen an der Autobahn wird deutlich erträglicher und angenehmer“, so de Witt. Das stellen die Kläger auch nicht infrage. Sie begrüßen sogar grundsätzlich den Ausbau des Berliner Rings. Nur fordern sie laut Sommer einen optimalen Lärmschutz.

Einige Teilerfolge konnte Sommer erreichen. So bekommen zwei Mühlenbecker Anlieger eine Entschädigung für ihre Immobilie angeboten, wenn sie die Klage zurückziehen. Und für Bergfelde wird überlegt, den acht Meter hohen Wall mit einer ein Meter hohen Lärmschutzwand zu erhöhen. Aus Zeitgründen wurde nicht über den Wegfall der Brücke am Mühlenbecker Zehnruetenweg verhandelt.

Übrigens: Um die Verhandlung ungestört führen zu können, ließ der Richter die Fenster schließen. Der Lärm vom Bahnhof Zoo übertönte zu viele Wortbeiträge.